

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion

der FDP-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zum

Abschlussbericht der Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg (DS 5/8500)

Der Landtag stellt fest:

Mit Beginn der 5. Wahlperiode und im Kontext der damals neu gebildeten Regierungskoalition wurde erstmals seit der Gründung des Landes Brandenburg in Politik, Öffentlichkeit und Medien intensiv über den Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur diskutiert. Ausgelöst wurde diese Diskussion nicht zuletzt durch die damals bekannt werdenden Fälle einer Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und im Öffentlichen Dienst.

Die Enquete-Kommission hat sich vor diesem Hintergrund als geeignetes Gremium zur Aufklärung und Aufarbeitung der Nachwendezeit erwiesen und viele, bisher nicht oder nur wenig thematisierte Probleme ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. So wurden beispielsweise die im Vergleich der neuen Länder schlechten Rahmenbedingungen für die Opfer der SED-Diktatur benannt, die deutlichen Defizite der Stasi-Überprüfungen von Abgeordneten und im öffentlichen Dienst aufgezeigt oder die noch immer ungeklärten Eigentumsfragen im Bereich der Landwirtschaft herausgearbeitet. Es ist dabei auch gelungen, die einseitige Fokussierung auf die Staatssicherheit aufzubrechen und die Strukturen der Diktatur im Ganzen stärker in den Blick zu nehmen.

Der Landtag bedankt sich insbesondere bei den nicht-parlamentarischen Mitgliedern und der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur für das Engagement und die zahlreichen Impulse während der vierjährigen Arbeit.

Der mit breiter Mehrheit verabschiedete Abschlussbericht der Enquetekommission bedeutet keineswegs das Ende der Aufarbeitung. Erst recht ist er kein Schlussstrich

und auch keine Rechtfertigung für Fehler und Versäumnisse der vergangenen zwei Jahrzehnte. Vielmehr bietet dieser Abschlussbericht viele Ansatzpunkte für die weitere Aufklärung und Aufarbeitung im Land Brandenburg.

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zu den Empfehlungen der Enquetekommission und sieht sich in der Pflicht, diese politisch umzusetzen.
2. Die aktuelle und die ihr nachfolgenden Landesregierungen werden aufgefordert, die Hinweise und Empfehlungen der Enquetekommission aufzugreifen und bei ihrer Arbeit zu berücksichtigen.
3. Die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur wird intensiv bei der Wahrnehmung ihrer umfangreichen Aufgaben unterstützt. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel werden bereitgestellt.

Begründung:

Durch die Enquetekommission 5/1 wurden zwei Jahrzehnte Brandenburger Geschichte aus Blickwinkeln betrachtet, die in Brandenburg aus verschiedenen Gründen bisher kaum eine Rolle gespielt haben. Der umfangreiche Abschlussbericht dokumentiert nicht nur die intensive Arbeit des Gremiums, sondern beinhaltet auch konkrete Handlungsempfehlungen. Die Kommissionsmitglieder haben fraktionsübergreifend und mit großer Mehrheit zu diesem gemeinsamen Ergebnis gefunden. Der Bericht markiert damit auch ein Ende des oft als „Brandenburger Weg“ bezeichneten Verdrängens der eigenen Vergangenheit und der vernachlässigten Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Vor dem Hintergrund des weitreichenden Einvernehmens sollte der Landtag den vorgelegten Bericht nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern durch einen eigenen Entschließungsantrag unterstützen. Ein solcher Beschluss ist neben der Anerkennung für die geleistete Arbeit auch eine bindende Selbstverpflichtung für alle Fraktionen, die im Bericht ausgesprochenen Handlungsempfehlungen auch tatsächlich umzusetzen.

Prof. Dr. Michael Schierack
für die CDU-Fraktion

Andreas Büttner
für die FDP-Fraktion

Axel Vogel
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen